

Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot
Band: 303 (2020)
Rubrik: Jahreschronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 27.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Jahreschronik

1. MAI 2018 BIS 30. APRIL 2019

Inland

Schweiz

8. *Juni:* Susanne Ruoff, seit 2011 CEO der Schweizer Post, tritt zurück. Sie stolpert doch noch über die Affäre mit den durch Postauto Schweiz missbrauchten Bundessubventionen.

10. *Juni:* Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen an der Urne die sogenannte Vollgeldinitiative mit 75,7% Neinstimmen deutlich ab. Mit 72,9% Jastimmen wird dafür das neue Geldspielgesetz angenommen, das ausländische Internetspiele für Schweizer Spieler sperrt.

4. *August:* Eine «Tante Ju», ein historisches Junkers-Flugzeug, stürzt am Piz Segnas bei

Flims (GR) senkrecht ab. Alle 20 Passagiere und Besatzungsleute kommen ums Leben. Für die alten Flugzeuge gelten künftig schärfere Sicherheitsbedingungen.

23. *September:* Beim nationalen Urnengang nehmen 73,6% den neuen Veloartikel in der Bundesverfassung an. Hingegen werden die Fair-Food-Initiative der Grünen mit 61,3% Neinstimmen und die Initiative für Ernährungssouveränität der welschen Bauerngewerkschaft Uniterre mit 68,4% Neinstimmen abgelehnt.

Die grüne Welle

Die europaweite Protestwelle gegen den wachsenden CO₂-Ausstoss und für besseren Klimaschutz kommt ohne konkrete Umweltkatastrophe in Gang. Zwar ist der Sommer 2018 der heisseste und trockenste in Europa seit Messbeginn, selbst am Nordpolarkreis wird es 30 Grad warm, in der Schweiz versiegen Bäche, und auf den Alpen muss das Vieh per Helikopter mit Wasser versorgt werden. Lanciert wird die neue Klimabewegung aber von der 16-jährigen schwedischen Aktivistin Greta Thunberg, die am 20. August in Stockholm zum ersten Schülerstreik gegen die Untätigkeit der Politik aufruft. Bis Weihnachten unterzeichnen Schülerinnen und Schüler in 270 Städten ihren Aufruf. Auch in der Schweiz – am 18. Januar erstmals in Bern – protestieren Tausende von Jungen. Mit dem Zug reist Greta Thunberg ans World Economic

Forum in Davos und liest dort am 23. Januar der Politelite in einer Rede unbekümmert die Leviten. Am 15. März mobilisiert ihre Bewegung «Fridays for Future» in zahlreichen Städten 1,4 Millionen Menschen. Der moralische Druck, sich umweltgerecht zu verhalten, nimmt zu.

Die Protestwelle verhilft den grünen Parteien Europas zu einem unerwarteten Höhenflug. In der Schweiz erobert die Grüne Partei innert Jahresfrist bei kantonalen Wahlen 41 zusätzliche Sitze in Kantonsparlamenten – im urbanen Kanton Zürich, aber auch im ländlicheren Luzern und Baselland –, die Grünliberalen legen um 16 Sitze zu. Parteien, die die Umweltthemen vernachlässigen, werden abgestraft: Die SVP verliert seit 2015 bei kantonalen Wahlen 39 Parlamentssitze, auch weil ihre Kernthemen EU und Flüchtlinge nicht Konjunktur haben. In der FDP entbrennt ein innerparteilicher Zwist um die umweltpolitische Ausrichtung.

Bundesratsfoto mit Präsident Ueli Maurer, aufgenommen von Mediamatik-Lernenden des Bundesamtes für Informatik und Telekommunikation



25. September: Der Langenthaler FDP-Bundesrat Johann Schneider-Ammann erklärt nach acht Jahren Angehörigkeit seinen Rücktritt aus der Landesregierung auf Ende Jahr. Zuletzt hatte es Spekulationen über seinen Gesundheitszustand und seine Müdigkeit gegeben.

27. September: Nur zwei Tage nach ihrem FDP-Kollegen erklärt auch die Aargauerin

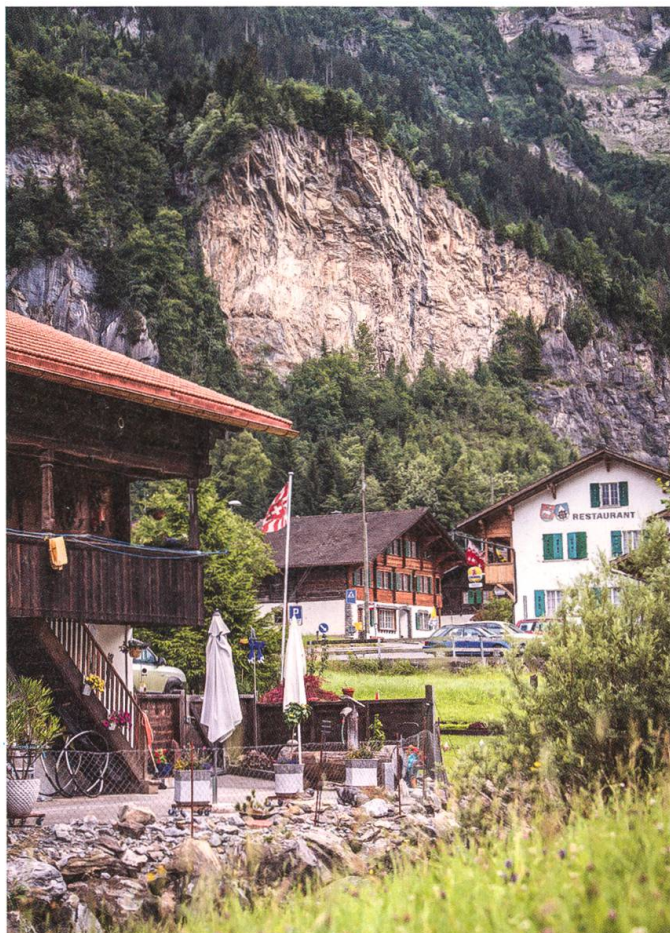
Doris Leuthard von der CVP ihren Rücktritt aus dem Bundesrat, dem sie zwölf Jahre lang angehörte. Sie ist die wohl erfolgreichste und populärste Bundesrätin der Schweizer Geschichte.

31. Oktober: Der Bundesrat stoppt auf Druck des Parlaments Waffenlieferungen in Bürgerkriegsländer. Er sistiert auch Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien im Wert von 85 Millionen Franken.



Klimaaktivistin Greta Thunberg am WEF in Davos (© Keystone)

25. November: 66,3% der Schweizer Stimmberechtigten lehnen die Selbstbestimmungsinitiative der SVP deutlich ab. Das Begehren wollte Schweizer Recht vor Völkerrecht stellen. Eine breite Allianz von Wirtschaft, Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen hatte das SVP-Begehren bekämpft. Die SVP schneidet damit viel schlechter ab als der Bergbauer Armin Capaul, dessen Hornkuh-Initiative immerhin 48% Jastimmen holt. 64,7% stimmen einer schärferen Überwachung von Sozialversicherten durch Sozialdetektive zu; dadurch scheiterte das Referendum gegen das neue Sozialversicherungsgesetz.



Dorf Mitholz mit weggesprengter Felswand (© Tamedia/Raphael Moser)

5. Dezember: Erstmals wählt die Vereinigte Bundesversammlung gleich zwei Frauen in den Bundesrat: Die Walliser CVP-Frau Viola Amherd und die St. Gallerin Karin Keller-Sutter von der FDP. Sie ersetzen die zurücktretenden Regierungsmitglieder Doris Leuthard (CVP) und Johann Schneider-Ammann (FDP). Bei der Departementsverteilung gibt es eine Rochade: Simonetta Sommaruga (SP) wird neue Vorsterherin des Umwelt-, Verkehrs- und Energiedepartements, Guy Parmelin (SVP) wird Volkswirtschaftsminister. Keller-Sutter erhält das Justizdepartement, Amherd muss mit dem Militärdepartement vorliebnehmen, was für die CVP als schwächste Bundesratspartei eine Herabstufung bedeutet. Zum neuen Bundespräsidenten 2019 wird mit einem Traumresultat von 201 Stimmen Finanzminister Ueli Maurer von

der SVP gewählt. Simonetta Sommaruga wird als Vize- und voraussichtliche Bundespräsidentin 2020 gekürt.

7. Dezember: Der Bundesrat kann sich nicht einigen über das in der Schweiz umstrittene Rahmenabkommen mit der Europäischen Union, zu dem die EU Nachverhandlungen ausschliesst. Die Landesregierung greift in ihrer Ratlosigkeit zu einer unkonventionellen Massnahme und legt den Text des bis jetzt unter Verschluss gehaltenen Abkommens zur Konsultation auf.

11. Dezember: Das neue CO₂-Gesetz scheitert im Nationalrat mit 92 gegen 60 Stimmen bei 43 Enthaltungen. Das gibt sogar am gleichzeitig stattfindenden Klimagipfel im polnischen Katowice zu reden.

10. Februar: Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen die Initiative der Jungen Grünen gegen die Zersiedelung mit 63,7% Neinstimmen ab. Das Volksbegehren hätte die bestehende Bauzonenfläche eingefroren.

Kanton Bern

1. Juni: Das Bundesamt für Verkehr erteilt der jahrelang umstrittenen Zubringerbahn zur Jungfraubahn in Grindelwald, der sogenannten V-Bahn, die Bewilligung.

28. Juni: Das Verteidigungsdepartement VBS und sein Bundesrat Guy Parmelin laden im Kandertaler Dorf Mitholz zur überraschenden Information. Der Anlass: Von der Munitionskaverne beim Dorf, in der sich 1947 eine Explosionskatastrophe mit neun Toten ereignet hat, geht offenbar immer noch eine grössere Gefahr aus, als man bis jetzt angenommen hat. Alte Fliegerbomben rosten in den Felstrümmern vor sich hin. Das ergaben Planungsarbeiten für ein neues VBS-Rechenzentrum. Weitere Abklärungen folgen, die nahe Truppenunterkunft wird geschlossen, das Dorf muss vorerst nicht evakuiert werden. 3500 Tonnen Munition liegen noch im Berg. Eine Bergung wäre enorm teuer.

29. August: Um Mitternacht geht nichts mehr bei der Heim-Airline Skywork auf dem Flughafen Bern-Belpmoos. Nach dem Grounding meldet die Gesellschaft Konkurs an, alle Rettungsversuche sind gescheitert. Der Flughafen dürfte noch länger ohne Heim-Airline dastehen und erleidet finanzielle Einbussen.

31. Oktober: Der Bundesrat nimmt den Ausbau der schon ausgebrochenen zweiten Röhre des Lötschberg-Basistunnels in den nächsten Bahnausbau schritt auf. Jahrelanges Lobbying des Kantons Bern zusammen mit Westschweizer Kantonen hat sich gelohnt.

5. November: Die Regierungsstatthalterin des Berner Juras, Stéphanie Niederhauser, annulliert die Abstimmung vom 18. Juni 2017, bei der sich die Stimmberechtigten des Jurastädtchens Moutier knapp für einen Wechsel zum Kanton Jura entschieden hatten. Die Statthalterin erkennt Unregelmässigkeit beim Urnengang und kritisiert die parteiische Einmischung von Moutiers Stadtpräsident Marcel Winistoerfer (CVP). Das projurassische Lager von Moutier protestiert am 9. November mit einer Demonstration und ficht den Entscheid vor dem Berner Verwaltungsgericht an.



Grounding der Fluggesellschaft Skywork (© Tamedia/
Franziska Rothenbühler)

25. November: 53,6% der Stimmberechtigten im Kanton Bern lehnen überraschend das revidierte Steuergesetz und damit eine Senkung der Unternehmenssteuern ab. Rot-grüne Kreise hatten dagegen das Referendum ergriffen. Städte und gewisse Gemeinden hätten Steuerzufälle erlitten. Bern wird damit bei den Unternehmenssteuern zum Schlusslicht der Kantone. Die Bürger des Kantons nehmen dafür mit 59,1% Jastimmen einen 38-Millionen-Kredit für die Betreuung minderjähriger Asylsuchender an.

10. Februar: Das kantonale Polizeigesetz wird von den Stimmberechtigten mit 76,4% Jastimmen deutlich angenommen. Künftig können Veranstalter bewilligter Demonstrationen, die aus dem Ruder laufen, unter gewissen Umständen zur Kasse gebeten werden. Das kantonale Energiegesetz, das den Hausbesitzern umwelttechnische Auflagen gemacht hätte, wird trotz Klimaprotesten knapp mit 50,6% Neinstimmen abgelehnt.

28. Februar: Die Wettbewerbskommission bösst die beiden Berner Beton- und Kieshersteller Alluvia und Kästli mit 22 Millionen Franken. Später wird das Verfahren auf weitere Kiesfirmen ausgedehnt. Im Kanton hat sich offenbar ein Kieskartell jahrelang den Markt mit verbotenen Preisabsprachen aufgeteilt.

Stadt Bern

8. Mai: Überraschend gibt die Migros Genossenschaft Aare bekannt, dass sie nun doch nicht die frühere Markthalle am Bubenbergplatz reaktivieren wird. Sie konnte sich mit dem aktuellen Mieter der Räumlichkeiten, Mediamarkt, finanziell nicht einigen.

10. Juni: Mit 66% Jastimmen genehmigen die Stadtberner Stimmenden einen 3-Millionen-Sanierungskredit für die Reitschule. Damit heissen die Berner zum sechsten Mal eine Vorlage zugunsten der Reitschule gut.

6. Juli: Eskalation am Stadttheater Bern. Intendant Stephan Märki räumt ein, eine Beziehung

mit Kommunikationschefin Sophie-Thérèse Krempf verschwiegen zu haben, und tritt nach umstrittenen Personalentscheiden per sofort ab. Die Liaison hat das Klima im Haus belastet.

1. August: Wegen Trockenheit und Hitze wird das Feuerwerk auf dem Gurten nicht durchgeführt. Auch viele andere Gemeinden lassen den Feuerzauber wegen Brandgefahr ausfallen.

6. August: Rekord! Die Aare erreicht mit 23,83 Grad in der Stadt Bern die höchste Wassertemperatur seit Messbeginn.

11./12. August: Über das Wochenende werden die Schlösser zahlreicher Publiques geknackt und die Räder entwendet oder gratis genutzt. Der seit Ende Juni in Bern aktive Verleiher, eine Post-Tochter, muss seine Velos in der ganzen Stadt zusammensuchen und die Schlösser verbessern.

23. August: Das Gemeindeparlament von Ostermundigen beschliesst, Fusionsgespräche mit der Stadt Bern aufzunehmen. Es wäre die erste Fusion der Stadt mit einer Aussengemeinde seit dem Beitritt von Bümpliz im Jahr 1918.

13. September: Der Gemeinderat bringt sein umstrittenes Budget im Stadtparlament doch

noch durch. Seine Ankündigung, angesichts der guten Finanzlage der Stadt 51 neue Stellen zu schaffen, löste im bürgerlichen Lager und auch in der Kantonspolitik Kritik an der rot-grünen Ausgabefreudigkeit aus. Der Gemeinderat reduzierte die Zahl neuer Stellen in der Folge auf 40.

19. September: Der Verwaltungsrat der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft entscheidet, dass grosse Teile des Radiostudios Bern nach Zürich transferiert werden. Breite Kreise aus Medien, Stadt- und Kantonspolitik hatten wochenlang gegen eine Verlagerung protestiert, etwa mit einer Demo für Medienvielfalt auf dem Bundesplatz.

23. September: 68,9% der Stadtberner Stimmbenden nehmen eine neue Sozialhilfe-Software für 18,9 Millionen Franken an. Ein Störmanöver eines anderen Anbieters blieb folgenlos.

23. Oktober: SP-Gemeinderätin Ursula Wyss überrascht alle mit ihrer Ankündigung, 2020 nicht mehr zur Wiederwahl anzutreten.

15. Januar: Die Tourismusorganisation Bern Welcome trennt sich wegen unterschiedlicher Auffassungen von ihrem Chef Martin Bachofner.

10. Februar: Die Stadtberner Stimmberechtigten nehmen die Stadtratsvorlage für die Mehrwertabschöpfung bei Umzonungen mit 70,2% Jastimmen an.

WETTBEWERB

Berns Nachbarkantone

Mit 793 129 Einwohnern (2017) ist der französischsprachige Kanton Waadt (Vaud) der bevölkerungsreichste unter Berns Nachbarn. Während gut 260 Jahren gehörte das Waadtland zu Bern, wo dieses auch die Reformation eingeführt hatte. Mit Vevey verbunden ist unser französischsprachiger Kollege, der «Messenger Boiteux», der seit 1708 erscheint. 1915 hat sich das Internationale Olympische Komitee in Lausanne, der Hauptstadt, niedergelassen.

Siehe Wettbewerbsfragen auf Seite 102

Andere Kantone

Wallis

10. Juni: Unerwartet deutlich lehnen die Walliser Stimmberechtigten mit 54% Neinanteil einen 100-Millionen-Kredit für Olympische Winterspiele 2026 in Sion bei einer kantonalen Urnenabstimmung ab. Die Kandidatur Sion 2026 ist damit erledigt. Auch in Kandersteg

werden trotz einem Ja an der lokalen Gemeindeversammlung keine Olympiawettbewerbe stattfinden.

19. Februar: Im Skigebiet von Crans-Montana löst sich eine Lawine, die sich bis auf eine Skipiste ergiesst. Vier Skifahrer werden verschüttet, einer stirbt. Es liegt viel Schnee, und die Februarwärme löst in den Alpen Nassschneelawinen aus.

Genf

5. September: Der smarte Regierungspräsident und frühere Bundesratskandidat Pierre Maudet (FDP) gibt in einem Interview erstmals zu, dass er über das Sponsoring einer Luxusreise nach Abu Dhabi im November 2015 nicht die Wahrheit gesagt hat. Der Star der Genfer Kan-

tonsregierung muss Kompetenzen abgeben und sieht einem Strafverfahren wegen Annahme unerlaubter Geschenke entgegen. Sein Stern ist am Sinken.

Am 28. November fordert der nationale Parteivorstand der FDP Maudet zum Rücktritt auf. Er habe die Werte des Freisinns mit Füßen getreten. Maudet kann aber nur aus der Partei ausgeschlossen oder nicht wiedergewählt werden.

15. Januar: Es ist ein Showdown: Die Genfer FDP tritt in einem Genfer Unihörsaal zusammen und spricht Pierre Maudet knapp mit 341 gegen 312 Stimmen das Vertrauen aus. Er räumt Fehler und Lügen ein, kämpft aber verbissen um sein Amt.

International

Europa

Deutschland

14. Juni: An der deutschen Flüchtlingspolitik entzündet sich im deutschen Bundestag eine Krise zwischen den Schwesterparteien CDU und CSU, die die noch junge deutsche Regierungskoalition gefährdet. Die CSU von Innenminister Horst Seehofer will in anderen EU-Ländern abgewiesene Flüchtlinge künftig an Deutschlands Grenze wegschicken, was Kanzlerin Angela Merkel von der CDU ablehnt. Die CSU setzt ihr ein Ultimatum. Auslöser des Streits sind die im Bundesland Bayern im Herbst anstehenden Landtagswahlen, bei der die CSU ihre absolute Mehrheit zu verlieren fürchtet. Mit einem harten Asylkurs will sie verhindern, dass die rechtspopulistische «Alternative für Deutschland» (AfD) mit einem zweistelligen Wähleranteil in Bayerns Parlament einzieht.

29. Juni: Angela Merkel erzielt am EU-Gipfel immerhin einen kleinsten gemeinsamen Nen-



Annegret Kramp-Karrenbauer, neue deutsche CDU-Parteipräsidentin, mit Angela Merkel (© Keystone)

Die USA und China spielen globales Monopoly

Der Wirtschaftskrieg zwischen den beiden ökonomischen Supermächten USA und China beginnt im Juli. Weil die USA Jobs an China verlieren, verhängt US-Präsident Donald Trump milliardenschwere Strafzölle auf chinesische Waren. China reagiert mit Zöllen auf fast alle US-Einfuhren. An den Verhandlungstreffen sind der Technologietransfer, der Urheberrechtsschutz oder die Landwirtschaft umstrittene Bereiche. Der chinesische Staat versorgt einheimische Branchen mit günstigen Krediten aus extra eingerichteten Fonds. Chinesische Konzerne können so – auch in der Schweiz – Firmen aufkaufen. Das sei unfairer Wettbewerb, beklagt man sich in Washington und Europa.

Chinas Antwort auf Trumps «America first» ist die neue Seidenstrasse, ein gigantisches Infrastrukturprojekt, mit dem Staatschef Xi Jinping auf den Schienen und Weltmeeren neue Handelswege zwischen Asien, Europa und China ziehen lässt. Am 26. April erscheinen 40 Staatschefs und Vertreter von über 100 Ländern am Seidenstrassengipfel in Peking. Bei den Treffen werden Vereinbarungen im Umfang von 64 Milliarden Dollar unterzeichnet.

Kritiker der Seidenstrasse weisen darauf hin, dass China sich wirtschaftliche Einflussphären sichert und mit seinen Investitionen Länder wie Sri Lanka, Malaysia oder Kenia von sich abhängig macht. Es bürdet den Ländern Schulden auf, die diese nicht zurückzahlen können. Als erster europäischer Staat wird das marode Italien von China umworben, etwa mit Investitionsversprechen für den Hafen Genua.

ner bei der Verteilung der Flüchtlinge in Europa. Für Horst Seehofer und die CSU-Spitze sind Merkels Verhandlungserfolge nicht ausreichend. Am Abend des 1. Juli bietet Seehofer seinen Rücktritt als Innenminister an, die Regierungskoalition steht vor dem Bruch.

2. Juli: Im letzten Moment einigen sich Merkel und Seehofer doch noch auf einen Kompromiss

mit Aufnahmezentren an der deutschen Grenze. Seehofer bleibt Innenminister. Die Scharfmacher an der CSU-Spitze haben es nicht geschafft, die Kanzlerin zu stürzen. Deutschlands Regierungskoalition ist angeschlagen, bleibt aber bestehen.

14. Oktober: Bei der Landtagswahl im Freistaat Bayern fährt die bis jetzt mit einer absoluten Mehrheit regierende CSU die erwartete Niederlage ein. Sie bricht um 10 auf 37,3% ein und muss künftig mit den Freien Wählern eine Koalitionsregierung bilden. Auch die SPD verliert fast 10% und landet auf einem historischen Tiefststand von 9,6%. Wahlsieger sind die Grünen, die um fast 10 auf 17,6% zulegen, und die AfD, die mit 10,6% erstmals in den Landtag einzieht.

29. Oktober: Kanzlerin Angela Merkel (CDU) überrascht Anhänger und innerparteiliche Gegner, als sie erklärt, nicht mehr als CDU-Parteipräsidentin anzutreten. Sie kündigt überdies ihren Rücktritt 2021 an. Um ihre Nachfolge an der CDU-Spitze duellieren sich ihre Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer und der frühere CDU-Fraktionschef und Merkel-Gegner Friedrich Merz.

15. November: Die in Biel wohnhafte AfD-Bundestagsfraktionschefin Alice Weidel gerät unter Druck, nachdem eine 130 000-Euro-Spende an ihren AfD-Kreisverband Bodensee publik geworden ist. Spender ist ein Zürcher Millionär, der die Zahlungen gestaffelt über einen Zürcher Drogistenvertrieb abwickelte. Solche Spenden sind in Deutschland verboten. Die AfD zahlt das Geld zurück. Kurz darauf kündigt Weidel an, Biel mit ihrer Partnerin und deren Kindern Richtung Berlin zu verlassen.

7. Dezember: Annegret Kramp-Karrenbauer, bisherige CDU-Generalsekretärin und Vertraute von Kanzlerin Angela Merkel, wird zur neuen CDU-Parteichefin gewählt. Allerdings knapp, mit 517 Stimmen gegenüber 482 ihres Widersachers Friedrich Merz. AKK, wie sie

kurz genannt wird, muss die grösste Partei Deutschlands wieder einigen.

Grossbritannien

25. November: Am EU-Sondergipfel in Brüssel heissen die EU-Mitgliedstaaten den Brexit-Vertrag mit Grossbritannien gut. Premierministerin Theresa May muss nun für eine Ratifizierung im britischen Parlament kämpfen, wo der Vertrag keine Mehrheit hat.

10. Dezember: Da sich im Parlament eine Niederlage des Brexit-Vertrags abzeichnet, sagt Premierministerin May die Abstimmung vorerst ab. Grossbritannien ist im Krisenmodus.

12. Dezember: Theresa May übersteht mit 200 gegen 117 Stimmen ein Misstrauensvotum in ihrer eigenen konservativen Partei.

15. Januar: Theresa May fährt mit ihrer Brexit-Vorlage im Parlament eine krachende Niederlage ein: Nur 202 Abgeordnete stimmen für den Deal, den May in Brüssel ausgehandelt hat. 432, darunter auch viele aus Mays konservativer Partei, lehnen den Deal ab. Es ist zwar klar, was das Parlament nicht will, aber nicht, was es will. Im Extremfall riskiert Grossbritannien einen unregelmässigen Austritt ohne Vertrag, der der englischen Wirtschaft schaden dürfte. Debattiert wird auch über eine Wiederholung der Brexit-Abstimmung.

WETTBEWERB

Berns Nachbarkantone

Freiburg (Fribourg) zählt wie das Wallis und Bern zu den zweisprachigen Kantonen. 63% der Bevölkerung sprechen Französisch, 29% Deutsch. Im Sensebezirk wird zu 90% Deutsch gesprochen, im Seebezirk zu 64%. Neben vier Exklaven im Kanton Waadt gibt es eine im Kanton Bern: Wallenbuch. Andererseits gibt es gegenwärtig noch zwei bernische Exklaven im Kanton Freiburg.

Siehe Wettbewerbsfragen auf Seite 102

13. März: Das britische Parlament spricht sich gegen einen ungeordneten Brexit aus. Es lehnt aber alle Austrittsvertragsvorschläge von Premierministerin Theresa May ab.

11. April: Die EU gewährt Theresa May am EU-Gipfel in Brüssel eine Fristverlängerung bis am 31. Oktober für Grossbritanniens Austritt aus der EU. Das Brexit-Chaos dauert an.

12. April: Wikileaks-Gründer Julian Assange wird in Ecuadors Botschaft von der britischen Polizei verhaftet. Ecuador hatte ihm nach 2487 Tagen Exil im kleinen Botschaftsgebäude den diplomatischen Schutz entzogen. Assange droht eine Auslieferung in die USA wegen des Verrats von US-Geheimnissen auf der Enthüllungsplattform Wikileaks.

Irland

27. Mai: Mit einem Anteil von 66% entscheiden sich die Irinnen und Iren an der Urne, das Abtreibungsverbot aus ihrer Verfassung zu streichen. Das einst konservative katholische Land hat sich in den letzten Jahren grundlegend modernisiert.

Frankreich

17. November: Mit 2000 Strassensperren blockieren 300 000 Personen in ihren Westen im ganzen Land Landstrassen und Autobahnen. Die leuchtgelbe Weste ist das Kennzeichen der neuen Protestbewegung, die sich zuerst gegen hohe Benzinpreise formiert. Am 25. November brennen auf den Pariser Champs Élysées Barrikaden. Die «Gilets jaunes» kritisieren Präsident Emmanuel Macron wegen der Abschaffung der Reichensteuer und der Kürzung der Wohnhilfe für Arme. Wochenende für Wochenende demonstriert und randaliert die politische Bewegung, der Linke wie auch Rechte angehören. Reformierender Macron, der das alte System Frankreichs wegfegen wollte, sieht sich erstmals mit hartem Widerstand konfrontiert.

5. Dezember: Emmanuel Macron knickt unter dem Druck der Strasse ein und nimmt seine Treibstoffsteuer zurück. Kurz darauf kündigt er

auch einen höheren Mindestlohn an. Reichlich spät versucht sich Macron die Gunst des Volks zurückzukaufen.

15. April: Die mittelalterliche Kathedrale Notre-Dame in Paris steht in Flammen. Das Feuer, das sich bei Renovationsarbeiten entzündet hat, zerstört die ganze Dachkonstruktion aus Holz, die einstürzt. Die Feuerwehr kann die Steinmauern schützen. In einer weltweiten Solidaritätswelle werden für den Wiederaufbau über eine Milliarde Euro gespendet.

Italien

22. Mai: Nachdem sich die Wahlsieger der 5-Sterne-Partei und der Lega doch noch auf ein Zusammengehen geeinigt haben, erteilt Staatspräsident Sergio Mattarella dem bis anhin unbekannten Rechtsprofessor Giuseppe Conte den Auftrag zur Regierungsbildung. Conte wurde als Kompromisskandidat für das Amt des Ministerpräsidenten erkoren, weil sich Luigi di Maio und Matteo Salvini, die Parteichefs von 5 Sterne und Lega, nicht einigen konnten, wer von ihnen das Spitzenamt bekleiden soll. Am 27. Mai lassen Salvini und di Maio die Regierungsbildung noch einmal plat-

zen, weil Staatspräsident Mattarella ihre Ministerliste nicht akzeptiert.

31. Mai: Nach dieser Machtdemonstration gegenüber Präsident Mattarella lenken Lega und 5 Sterne mit einer Personalrochade doch noch ein. Legachef Matteo Salvini, Italiens neuer starker Mann, wird Innenminister, Luigi di Maio Industrie- und Arbeitsminister. Beide sind Vizepremiere des von ihnen gesteuerten Premiers Giuseppe Conte. Erstmals wird einer der grossen westeuropäischen Staaten von Populisten dirigiert.

10. Juni: Innenminister Salvini lässt das Rettungsschiff «Aquarius» der privaten Hilfsorganisation SOS Méditerranée nicht mehr in seinen Heimathafen Catania auf Sizilien einlaufen. Erst nach zwei Tagen kann das Schiff voller schwarzafrikanischer Flüchtlinge in Spanien landen. Die neue italienische Regierung markiert mit der Aktion einen neuen harten Kurs, mit dem sie andere EU-Staaten zur Aufnahme von Flüchtlingen zwingen will.

14. August: In Genua bricht die einen Kilometer lange Morandi-Autobahnbrücke ein, ein



Protestbewegung der
Gilets jaunes in Frankreich
(© Keystone)



Eingestürzte Morandi-Autobahnbrücke in Genua
(© Keystone)

200 Meter langes Stück stürzt 40 Meter in die Tiefe auf ein Wohnquartier, über 40 Menschen kommen ums Leben. Der Einsturz der schlecht gewarteten Brücke ist ein Skandal und Symbol für Italiens Korruption und marode Infrastruktur.

Russland

26. November: Russische Patrouillenboote blockieren unter der am 16. Mai eröffneten Brücke über die Meerenge von Kertsch drei ukrainische Schiffe. Die Brücke verbindet das russische Festland mit der von Russland annektierten Halbinsel Krim. Mit seiner Blockade des Handelsverkehrs zu den ukrainischen Häfen im Asowschen Meer lässt Russland den schwelenden Konflikt mit der Ukraine wieder aufleben. Präsident Wladimir Putin braucht aussenpolitische Erfolge, um von seinen sinkenden Umfragewerten abzulenken. Seine Erhöhung des Rentenalters ist unpopulär. Wegen des tiefen Ölpreises und der internationalen Sanktionen kriselt auch Russlands Wirtschaft.

Naher und Mittlerer Osten

Türkei

24. Juni: Recep Tayyip Erdogan wird mit 52,8% der Stimmen als Staatspräsident wiedergewählt. Er hat nun mehr Macht als je ein tür-

kischer Präsident vor ihm. Sein autoritärer Kurs bleibt trotz Gegenkandidaten unangefochten. Der Stimmenanteil seiner konservativ-islamischen AKP-Partei aber sinkt von 49 auf 42%. Die Wirtschaftskrise und hohe Arbeitslosigkeit setzen Erdogans Popularität zu.

Syrien

18. September: Russland erklärt, dass russische und syrische Regierungstruppen vorerst die letzte von Rebellen gehaltene Provinz Idlib nicht angreifen. Vielmehr soll eine demilitarisierte Zone geschaffen werden, die Rebellen und Regimetruppen trennt. Internationale Organisationen hatten vor einer Katastrophe für die Zivilbevölkerung gewarnt. Im Mai fliegen russische Kampffjets dennoch zerstörerische Angriffe.

19. Dezember: US-Präsident Donald Trump kündigt in einem Tweet den Rückzug der US-Soldaten aus Syrien an und erklärt nach der Eroberung der letzten Hochburg Baghus im Osten Syriens den Sieg über den Islamischen Staat. Von den USA unterstützte, gemässigte Widerstandstruppen sehen sich im Stich gelassen. Russland und der Iran dominieren über ihre Marionette, den syrischen Herrscher al Assad, mehr denn je das Geschehen.

Saudi-Arabien

24. Juni: Im tief konservativen Land wird das Autofahrverbot für Frauen aufgehoben. Gleichzeitig werden Frauenaktivistinnen festgenommen. Kronprinz Mohammed bin Salman verfolgt ehrgeizige Reformbemühungen.

2. Oktober: Der saudi-arabische Journalist Jamal Ahmad Khashoggi, der auch für westliche Medien schrieb, wird auf dem saudischen Konsulat in Istanbul von Sicherheitsleuten umgebracht. Erst nach Wochen räumt das saudische Regime den Mord ein. Die Türkei, die USA und weitere Staaten fordern Klarheit und drohen Sanktionen an. Dennoch treiben die meisten Länder weiterhin mit Saudi-Arabien Handel.



Gipfeltreffen zwischen Donald Trump und Kim Jong Un (© Keystone)

Asien

Sri Lanka

21. April: An Ostern sterben bei fast zeitgleichen Selbstmordanschlägen auf christliche Kirchen sowie Luxushotels in der Hauptstadt Colombo sowie in anderen Städten fast 300 Menschen. Es ist ein Schlag für das Tourismusparadies Sri Lanka. Der Sicherheitsapparat hat trotz Warnungen nicht vorsorglich reagiert. Verantwortlich soll eine islamistische Extremistengruppe sein. Auch der Islamische Staat (IS), der sein erobertes Territorium im Nahen Osten verloren hat, reklamiert die Tat für sich. Der IS hat offenbar in Asien Netzwerke aufgebaut.

Nordkorea

12. Juni: US-Präsident Donald Trump und Kim Jong-un treffen sich in Singapur zum historischen Gipfel. Die beiden Staatschefs unterzeichnen eine Vereinbarung zur Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel. Der Deal ist allerdings laut Kritikern schwammig und ohne klaren Zeitrahmen. Während Trump die US-Manöver mit Südkorea zu stoppen verspricht, sind Kims Zusicherungen nur vage. Nordkorea

dürfte das Treffen mehr helfen. Trump hat sich möglicherweise durch die Gier nach dem Friedensnobelpreis täuschen lassen.

28. Februar: Das zweite Gipfeltreffen von Kim Jong-un mit US-Präsident Donald Trump in Vietnams Hauptstadt Hanoi endet ohne Einigung zur atomaren Abrüstung.

Afrika

Äthiopien/Eritrea

9. Juli: Die Staatschefs der beiden jahrzehntelangen Erzfeinde unterzeichnen ein historisches Abkommen zur Beendigung des Grenzstreits. Eritreas Präsident Isayas Afewerki und Äthiopiens neuer Premierminister Abiy Ahmed, der in seinen ersten Amtsmonaten sein Land umkrempelt, zeigen, dass in Afrika doch noch Bewegung möglich ist. Die Entspannung könnte auch Auswirkungen auf die eritreische Migration in die Schweiz haben. Eritreas alter Autokrat Afewerki zieht die Schraube der Repression bald wieder an.

Nord- und Südamerika

USA

5. *September*: Watergate-Enthüller Bob Woodward publiziert sein Buch «Fear – Trump in the White House» mit Originalton aus Gesprächen mit Trump. Das Buch heizt den Entrüstungsturm um Trump an. Am Tag darauf publiziert die «New York Times» den anonymen Bericht eines hohen Offiziellen aus dem Weissen Haus, der beschreibt, wie eine Gruppe um Trump den Präsidenten zu bremsen versucht.

6. *Oktober*: Der erzkonservative Jurist Brett Kavanaugh wird vom Senat knapp mit 50 gegen 48 Stimmen in den obersten Gerichtshof der USA gewählt. Die Wahl wird in Washington von heftigen Protesten begleitet. Drei Frauen hatten in den Anhörungen Kavanaughs berichtet, vom ihm sexuell belästigt worden zu sein. Kavanaughs Wahl ist ein Sieg für Donald Trump. Im Gerichtshof dominiert nun für lange Zeit eine konservative Mehrheit. Die USA sind in der Affäre tief gespalten.

8. *November*: Bei den Midterm-Wahlen in den USA erobern die Demokraten dank brillanten Frauenkandidaturen wenigstens die Mehrheit im Repräsentantenhaus zurück. Mit 27 Sitzen liegt der Zuwachs aber unter den Erwartungen. Die Repräsentanten von Präsident Donald Trump können ihre Mehrheit im Senat sogar noch um zwei Sitze ausbauen. Trump wird künftig auf mehr parlamentarischen Widerstand stossen.

6. *Januar*: Weil sich die erstarkten Demokraten und Donald Trumps Republikaner nicht über das Budget und den Bau einer Mauer an der mexikanischen Grenze einigen können, beginnt ein sogenannter Shutdown, der die Lohnauszahlungen an 800 000 Bundesangestellte stoppt. Trump beharrt auf einem 5-Milliarden-Betrag für eine Mauer, die die Demokraten kategorisch ablehnen. Der Shutdown entwickelt sich zum längsten in der US-Geschichte. US-Bundesangestellte sind zum Teil auf Nothilfe angewiesen.

25. *Januar*: Donald Trump beendet den Shutdown, ohne Zugeständnisse der Demokraten bekommen zu haben.

1. *Februar*: Die USA kündigen an, aus dem INF-Abrüstungsvertrag auszusteigen. Zwei Tage später will auch Russland den Vertrag zur Begrenzung von Atomwaffen kündigen.

22. *März*: Sonderermittler Robert Mueller liefert seinen Ermittlungsbericht an Justizminister William Barr ab. Der teilt in einer umstrittenen Kurzzusammenfassung des Berichts mit, dass Präsident Trump vom Vorwurf entlastet werde, im Wahlkampf von Russland unterstützt worden zu sein.

Venezuela

23. *Januar*: Der 35-jährige bürgerliche Oppositionsführer und Parlamentspräsident Juan Guaidó erklärt sich zum Interimspräsidenten des Landes, weil Machthaber Nicolas Maduro kein rechtmässiger Präsident sei. Guaidó hat die Unterstützung der USA und der Organisation Amerikanischer Staaten, die Maduros Wiederwahl vor Jahresfrist kritisierten. Die Geldgeber Russland und China sowie die privilegierte Armeespitze stützen weiterhin Maduro. Es setzt ein wochenlanges Seilziehen der beiden Kontrahenten ein. Maduro blockiert von Guaidó organisierte Hilfslieferungen ins verarmte Land.

Neuseeland

15. *März*: In der zweitgrössten Stadt Christchurch bringt ein rassistischer australischer Attentäter in zwei Moscheen 50 Muslime um und verletzt zahlreiche weitere. Neuseeland will darauf die Waffengesetze verschärfen.

Die doppelte Meisterstadt Bern

60 Jahre ist es her, dass die Schweizer Meister in den beiden publikumsträchtigsten Mannschaftssportarten Fussball und Eishockey aus Bern kamen. 1959 nämlich wurden zuerst der SC Bern auf dem Eishockeyfeld und danach die Young Boys auf dem Fussballrasen Champions. 2019 machen die beiden Clubs Bern erneut zur Sporthauptstadt. Schon am 13. April werden die Young Boys vor dem Fernseher statt auf dem Spielfeld zum zweiten aufeinanderfolgenden Mal Schweizer Fussballmeister. Weil der Verfolger FC Basel gegen GC nur ein 0:0 zustande bringt, ist YB vorzeitig Champi-

on. So früh hat in der Super League noch nie ein Team den Titel geholt. YB reiht in einer fast perfekten Saison Sieg an Sieg. Ab dem zweiten Spieltag lag es an der Tabellenspitze.

Am 20. April wird dann auch der SC Bern nach beeindruckenden vier Siegen in Serie im Playoff-Final gegen den EV Zug zum 16. Mal Schweizer Meister im Eishockey. Die Berner hatten zwar die Qualifikationsrunde als Sieger beendet, in den Playoffs zuerst gegen Servette Genf mit 4:2 Siegen und dann gegen den EHC Biel mit 4:3 Siegen aber viel Mühe bekundet.

20. Mai: Die herausragende Schweizer Nationalmannschaft verliert erst den Final der Eishockey-Weltmeisterschaft in Dänemark – mit 2:3 gegen den neuen Weltmeister Schweden. Im Viertelfinal haben die Schweizer Vizeweltmeister Finnland, im Halbfinal gar Kanada aus dem Turnier geworfen.

1. Juni: Die Berner Young Boys stellen Gerardo Seoane als neuen Trainer vor. Er war bisher Trainer beim FC Luzern. Meistertrainer Adi Hütter wechselt zu Eintracht Frankfurt in die deutsche Bundesliga.

Schweizer Meister:
Young Boys Bern
(© Tamedia/Raphael Moser)





Die Spieler des SC Bern mit
Meister-Pokal
(© Tamedia/Raphael Moser)

15. Juni bis 15. Juli: An der Fussballweltmeisterschaft in Russland erreicht die Schweiz das von ihr gesteckte Ziel Viertelfinal nicht. Das Team von Trainer Vladimir Petkovic kommt zwar nach einem 1:1 gegen Brasilien, einem 2:1-Sieg über Serbien und einem 2:2 gegen Costa Rica weiter. Den Achtelfinal gegen Schweden verliert die Schweiz aber 0:1 und scheidet aus. Zu reden gibt auch die Doppeladlergeste, mit der die albanischstämmigen Schweizer Spieler Granit Xhaka und Sherdan Shaqiri ihre Torerfolge gegen Serbien feiern. Der Doppeladler ist das albanische Wappentier, die Geste gilt als politische Provokation und wird von der Fifa mit Bussen belegt. Die WM ist geprägt durch das überraschende Ausscheiden von Favoritenteams. Erstmals in der Geschichte scheitert der amtierende Weltmeister Deutschland schon bei den Gruppenspielen. Auch Spanien, Argentinien und Brasilien blieben früh auf der Strecke. Weltmeister wird zum zweiten Mal nach 1998 Frankreich durch einen 4:2-Sieg über Kroatien, das erstmals den WM-Final erreichte. Dritter wird das ebenfalls herausragende Team vom Belgien durch einen 2:1-Sieg über England.

13. Juli: Die Berner Sprinterin Mujinga Kambundji durchbricht an einem Leichtathletikmeeting in Zofingen über 100 Meter die Schallmauer von 11 Sekunden. Mit ihrem neuen Schweizer Rekord von 10,95 Sekunden ist sie die Nummer 7 der Welt.

6.–12. August: An der Leichtathletik-Europameisterschaft in Berlin holt das Schweizer Team vier Medaillen. Lea Sprunger gewinnt Gold über 400 Meter Hürden, Silber gibt es für Fabienne Schlumpf über 3000 Meter Steeple und Tadesse Abraham im Marathon, Alex Wilson holt Bronze über 200 Meter. Die Berner Sprinthoffnung Mujinga Kambundji verpasst die Medaillen knapp.

28. August: Schweizer Meister Young Boys qualifiziert sich dank eines 1:2-Auswärtssiegs über Dinamo Zagreb erstmals in der Vereinsgeschichte für die Fussball-Champions-League. In den Gruppenspielen tritt er gegen Juventus Turin, Manchester United und Valencia an.

2. November: Ein europäisches Netzwerk von Journalisten enthüllt, dass Fifa-Präsident Gian-

ni Infantino, der als Reformierender angetreten ist, die Regeln des Weltfussballverbands verbiegt, indem er etwa verbotene Zahlungen an Grossclubs persönlich durchwinkt. Auch der Schweizer Bundesanwalt Michael Lauber gerät unter Druck, weil er Infantino an nicht protokollierten Gesprächen getroffen hat.

12. Dezember: Die Young Boys verabschieden sich mit einem 2:1-Sieg gegen das grosse Juventus Turin hoch erhobenen Hauptes aus den Gruppenspielen der Fussball-Champions-League.

5.–17. Februar: An der Alpinen Skiweltmeisterschaft im schwedischen Åre ist die Schweiz mit zwei Gold-, einer Silber- und einer Bronzemedaille das erfolgreichste Land. Gold holen Wendy Holdener in der Alpinen Kombination sowie das Quartett Holdener, Anita Danioth, Ramon Zenhäusern und Daniel Yule im Teamwettbewerb. Corinne Suter gewinnt Silber in der Abfahrt und Bronze im Super G.

3. März: Tenniscrack Roger Federer gewinnt am Turnier von Doha den 100. Titel seiner unglaublichen Karriere.

Was sonst noch geschah

19. Mai: Die britische Monarchie lebt: Prinz Harry, Sohn von Prinz Charles und Prinzessin Diana, heiratet auf Schloss Windsor die US-Schauspielerin Meghan Markle.

23. Juni: Zwölf junge Fussballer zwischen 11 und 14 Jahren steigen mit ihrem Trainer in Nordthailand in die Tham-Luang-Höhle ein. Starker Regen lässt in der Höhle den Wasserpegel rasant ansteigen. Die Gruppe ist gefangen. Vor der Höhle läuft nun eine einzigartige Rettungsaktion mit Hilfskräften aus der ganzen Welt an. Wasser wird abgepumpt, um die Strömung zu reduzieren. Neun Tage harren die Jungen ohne Kleider und Essen meditierend auf einem Felsvorsprung aus, bis sich am 2. Juli

Marinetaucher durch das trübe Wasser zu ihnen vorkämpfen. Einzeln werden sie von den Tauchern aus der Höhle geführt. Am 10. Juli werden die letzten vier Jungs und der Trainer herausgeholt. Ein Taucher stirbt bei den Rettungsarbeiten im trüben, reissenden Wasser.

9. September: Der Kinderarzt Beat Richner, mit seinem Cello als trauriger Clown «Beato-cello» unterwegs, stirbt 71-jährig. Er hinterlässt ein einzigartiges Netz von unentgeltlichen Kinderspitälern in Kambodscha, das er mit Spenden und enormem persönlichem Einsatz geschaffen hat.

28. September: Das Bundesgericht fällt in einer Scheidungsgeschichte aus dem Kanton St. Gallen ein Grundsatzurteil: Einer Mutter werden neu 50% Teilzeitarbeit zugemutet, wenn ihr jüngstes Kind eingeschult wird, nicht erst, wenn es zehn Jahre alt ist.

3. Januar: Die chinesische Raumsonde Change 4 landet als erster Flugkörper auf der Rückseite des Mondes.

16. Februar: Der Flugzeugkonzern Airbus gibt bekannt, dass er die Produktion des weltgrössten Passagierflugzeugs A380 wegen mangelnder Bestellungen einstellt.

21. Februar: Papst Franziskus eröffnet in Rom einen Gipfel zur Aufarbeitung sexuellen Missbrauchs durch Würdenträger der katholischen Kirche. Es bleibt bei einer Entschuldigung, die konkreten Massnahmen fallen zaghaft aus.

10. März: Eine Boeing 737 Max der Ethiopian Airlines stürzt kurz nach dem Start in Addis Abeba ab, alle 157 Menschen an Bord sterben. Schon im Oktober war in Indonesien eine Boeing dieses modernen Typs zerschellt. Nachdem die USA und andere Länder den Luftraum für das Flugzeug sperren, zieht Boeing weltweit 371 Maschinen des Typs aus dem Verkehr. Das Flugzeug hat eine umstrittene Steuersoftware, die die Absturzursache sein könnte.